



Transformation: Wir brauchen einen aktiven Staat, der die Menschen mitnimmt

Titelthema

Position

Inklusive Bildung ist
ein Menschenrecht

13

Politik + Gesellschaft

Interview mit dem neuen
Landesbehindertenbeauftragten

32

Recht + Rat

5 Fragen und Antworten
zur Abmahnung

38



AUS DEM INHALT

Ausgabe 4 | 2024

TITELTHEMA

Die Menschen in den Mittelpunkt

- 5** Klimakrise und Gerechtigkeitsfragen müssen gemeinsam bearbeitet werden.
- 8** Wir brauchen jetzt dringend eine Reform der Schuldenbremse.
- 11** Grafikseite: Soziale Ungleichheit gefährdet die Demokratie und die Transformation.

ARBEIT + GESUNDHEIT

- 24** Cannabis-Legalisierung: Das Thema Sucht am Arbeitsplatz könnte sich verschärfen.

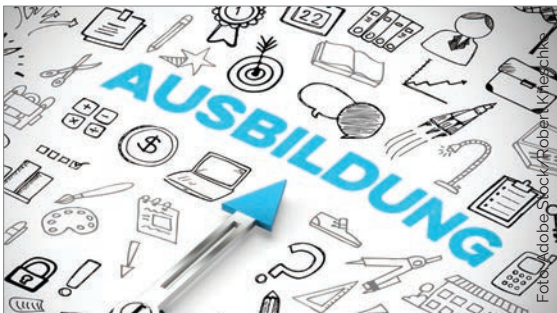
POLITIK + GESELLSCHAFT

- 28** Erster Pflegekongress der AK für junge Pflegekräfte war ein voller Erfolg.

KULTUR + MEDIEN

- 34** Neuer Spielplan des Staatstheaters bietet Unterhaltung für jeden Geschmack.

AK-SPEZIAL „AZUBI-LEXIKON“



Das „Azubi-Lexikon“ erklärt von A bis Z die wichtigsten Begriffe, die Berufsanfänger kennen müssen. Außerdem bietet die Beilage viele hilfreiche Tipps rund um das Thema Ausbildung

RUBRIKEN

- 4** Aktuelles + Impressum
- 15** Betrieb + Gewerkschaft
- 17** Arbeit in Zahlen
- 22** Veranstaltungen
- 26** Arbeitswelten
- 42** Aus der Beratung

EDITORIAL

Es kommt auf uns alle an



Von Thomas Otto

Hauptgeschäftsführer der Arbeitskammer des Saarlandes

Soziale Spaltung gefährdet die Demokratie, darauf haben wir bereits mit dem Titelthema der Ausgabe 1/2023 der AK-Konkret aufmerksam gemacht. Und bereits damals gemahnt: „Im Saarland sind über 16 Prozent der Bürgerinnen und Bürger von Armut betroffen. Sowohl die tatsächliche Armut, die reale Armutsgefährdung als auch schon die Angst vor sozialem Abstieg stellen zentrale Risikofaktoren dar, da sie das Vertrauen in die Wirksamkeit staatlicher Institutionen mindern und damit den sozialen Zusammenhalt gefährden.“ Andert-halb Jahre später hat sich nichts geändert: „Soziale Ungleichheit gefährdet die Demo-kratie“ lautet eine der zentralen Botschaften unseres diesjährigen Berichts an die Landes-regierung, der das Zusammenwirken von ökologischem Umbau, sozialer Ungleichheit und der Stabilität der Demokratie analysiert und dessen wichtigste Ergebnisse wir im Schwerpunkt der vorliegenden Ausgabe darstellen.

Es ist fünf vor zwölf! Wollen wir unsere Demo-kratie bewahren – und unseren Planeten – dann muss die Politik endlich handeln! Wie, das können Sie in unserem Jahresbericht und in dieser Ausgabe lesen. Aber wir fordern als AK nicht nur und schlagen Lösungen vor. Wir sind selbst Teil der Lösung, indem wir unter anderem Beschäftigte in Seminaren in unserem Bildungszentrum Kinkel sensibilisieren und Projekte für junge Menschen gegen rechts ins Leben gerufen haben. Aber es kommt auf uns alle an: Staat, Verbände, Institutionen, Gewerkschaften und jeden einzelnen von uns – nur gemeinsam können wir die Transforma-tion gestalten. Und ich gebe die Hoffnung nicht auf, denn die Solidarität im Saarland ist einzig-artig und Strukturwandel können wir.



Die Solidarität im Saarland ist einzig-artig und Struktur-wandel können wir.

ZU TITELBILD/CARTOON

Das Foto auf der Titelseite (Foto: Adobe Stock/adrian_ilie825) steht symbolisch für den großen Umbau hin zur Klimaneutralität, den die Transformation bedeutet. Den Weg dorthin hat unser Cartoonist TOM mit dem für ihn typischen Humor auf den Punkt gebracht.

AK-Beiträge 1/2024 erschienen

TOPTHEMA STREIKRECHT

Band 1/2024 des AK-Wissenschaftsmagazins AK-Beiträge ist erschienen. Es hat den Schwerpunkt Streikrecht. Dabei geht es darum, warum über eine Ausweitung des deutschen Streikrechts diskutiert werden



sollte, statt lediglich Angriffe gegen die jüngsten Angriffe auf das Streikrecht zu führen. Ein zweiter Text befasst sich mit den Einstellungen von Beschäftigten zum Thema Streik. Die weiteren Texte

erläutern Aufbau und Methodik der AK-Beschäftigtenbefragung und fragen nach der Wirksamkeit von Bürgergeld und geplanter Kindergrundsicherung. Zudem enthält das Magazin eine Analyse ausgewählter Einstellungen von Grenzpendlern in das Saarland, die danach fragt, wie sie sich von saarländischen Beschäftigten oder Einpendlern aus anderen Bundesländern unterscheiden. **red**

Die AK-Beiträge 1/2024 können in gedruckter Form über den Broschürenshop der Arbeitskammer bestellt oder auf www.arbeitskammer.de/sonderpublikationen heruntergeladen werden.

„Bürgergeld“ neu aufgelegt

RATGEBER

Die AK hat die Broschüre „Bürgergeld“ überarbeitet und neu aufgelegt. Sie liefert kurze und verständliche Informationen zu Fragestellungen, die Menschen zu existenzsichernden Leistungen häufig haben. Die AK-Broschüren sind für AK-Mitglieder kostenlos und können hier gelesen und heruntergeladen werden: www.arbeitskammer.de/online-broschueren, www.arbeitskammer.de/publikationen **red**



Der AK-Hauptgeschäftsführer Thomas Otto (v.l.), Ministerpräsidentin Anke Rehlinger, der AK-Vorstandsvorsitzende Jörg Caspar und Sozialminister Magnus Jung bei der Übergabe des AK-Jahresberichts im Juni in der Staatskanzlei in Saarbrücken.

Soziale Ungleichheit gefährdet die Demokratie

AK-JAHRESBERICHT Staat muss Vertrauen schaffen

„Mehr als ein Drittel der wahlberechtigten Bevölkerung ist der Ansicht, dass das demokratische System in Deutschland nicht gut funktioniert, und fast die Hälfte sieht die Politik als nicht in der Lage, die aktuellen Herausforderungen zu bewältigen. Das ist ein Vertrauensstiefstand in das demokratische System in Deutschland. Und das spiegelt sich auch in den Wahlergebnissen“, sagte der AK-Vorstandsvorsitzende Jörg Caspar, bei der Pressekonferenz zur Vorstellung des AK-Berichts 2024 an die Regierung des Saarlandes. Als Kernproblem identifiziert die AK in ihrem Bericht die soziale Ungleichheit, die die Demokratie massiv gefährdet. Damit das Vertrauen in Staat und Demokratie wieder gestärkt wird, brauche es ein Maßnahmenpaket, das alle gesellschaftlichen Bereiche im Blick hat, so Caspar. Welche das sind, hat die AK bei der Pressekonferenz erläu-

tert: Wir brauchen ein stabiles soziales Sicherungssystem, wirksame Armutsbekämpfung und einen aktiven Staat, der auch in Infrastruktur investiert. Damit wir uns das leisten können, braucht es unter anderem eine Reform der Schuldenbremse.

Die digitale und ökologische Transformation stellt einen großen gesellschaftlichen Umbruch dar, der entsprechend gut gestaltet werden muss. Es bedarf einer Klimaschutzpolitik, die auch die sozialen und ökonomischen Auswirkungen mitbegleitet, einer Digitalisierungsstrategie, die alle Menschen erreicht, eines Bildungssystems, das gleiche Chancen eröffnet, und politische Kommunikation, die Brücken baut. **red**

www.arbeitskammer.de/jahresbericht2024; Mit dem Jahresbericht beschäftigt sich auch das Titelthema dieser Ausgabe.

IMPRESSUM

Verleger: Arbeitskammer des Saarlandes, Fritz-Dobisch-Straße 6–8, 66111 Saarbrücken, Telefon 0681 4005-0, Telefax 0681 4005-401; **Herausgeber:** Jörg Caspar, Thomas Otto (V.i.S.d.P.); **Redaktion:** Peter Jacob (Chefredakteur – pj), Simone Hien (sh), Alexander Stallmann (as); **Redaktionsassistent:** Dorothee Krieger; **Infografiken:** Benjamin Spang; **Redaktionelle Mitarbeit:** Silvia Buss (sb), Katja Sponholz (ks), Benjamin Rannenber (br); **Agenturen:** Themendienst der Deutschen Presse-Agentur (tmn), Evangelischer Pressedienst (epd); **Anzeigen:** AK Saar, Abteilung Öffentlichkeitsarbeit, Telefon 0681 4005-284; **Vertrieb:** Sebastian Daub, Telefon 0681 4005-402, Sabine Hennig, Telefon 0681 4005-375; **Internet:** arbeitskammer.de/AK-Konkret; **E-Mail:** redaktion@arbeitskammer.de **Druck:** Repa Druck GmbH, Saarbrücken-Ensheim

Für unverlangt eingesandte Manuskripte oder Fotos wird keine Haftung übernommen. Mit Namen oder Namens Kürzel gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Arbeitskammer wieder. Bezugspreis für sechs Ausgaben jährlich: 7,50 Euro inklusive Zustellung; Einzelheft: 1,50 Euro. Die Zeitschrift „AK-Konkret“ wird auf Umweltschutzpapier gedruckt.



Foto: Adobe Stock/Nuthawut

Die Menschen beteiligen

DENKANSTOSS Klimakrise, Klimaschutz und Gerechtigkeitsfragen gemeinsam bearbeiten

Die politische Teilhabe hat in den vergangenen Jahrzehnten abgenommen. Wir können heute von einem „Vertrauens-tiefstand“ in das demokratische System in Deutschland sprechen. Auch im Saarland ist die Unzufriedenheit groß: In der AK-Beschäftigtenbefragung hat etwa die Hälfte der saarländischen Beschäftigten angegeben, unzufrieden mit der Demokratie in Deutschland zu sein. Ein Hauptgrund dafür ist, dass ein wachsender Anteil von Menschen finanziell bereits jetzt überfordert ist und ein noch größerer Anteil Angst vor Arbeitsplatzverlust vor allem in der Industrie sowie zukünftigen Belastungen hat, die aus einem nicht sozial gestalteten Klimaschutz resultieren (Mobilitätswende, Wärmewende, CO₂-Bepreisung etc.). Die neoliberal geprägte Politik der letzten Jahrzehnte hat zu einer massiven Vermögenskonzentration bei wenigen Superreichen und gleichzeitig wachsenden Anteilen von armutsgefährdeten Personen und sinkenden Realeinkommen geführt. Vor einem solchen Hintergrund ist es schwierig, große Veränderungsbereitschaft zu wecken. Gleichzeitig stehen wir vor der riesigen Herausforderung, die globale Erderwärmung aufzuhalten und mit den jetzt schon eintretenden Folgen der Klimakrise umzugehen. Die Menschen dürfen

bei der Bewältigung der Klimafolgen – und beim Klimaschutz – nicht allein gelassen werden. Denn Klimakrise, Klimaschutz und Gerechtigkeitsfragen sind aufs Engste miteinander verknüpft. Die Beschäftigten erwarten, dass der Strukturwandel staatlich gestaltet wird – und zwar in erster Linie sozialverträglich, mit Berücksichtigung der Auswirkungen auf die Arbeitsplätze und die finanzielle Handlungsfähigkeit der Menschen. Die Unterstützung der Bevölkerung auf dem Weg zur Klimaneutralität hängt daher davon ab, inwieweit die Menschen an der Gestaltung beteiligt und die Bewältigung der Klimakrise und soziale Gerechtigkeit als untrennbar miteinander verbundene Herausforderungen betrachtet und bearbeitet werden.

Die Beschäftigten erwarten, dass der Strukturwandel staatlich gestaltet wird.



Carina Webel
leitet die Abteilung
Wirtschafts- und
Umweltpolitik.



Wir brauchen dringend einen politischen Kurswechsel

TRANSFORMATION Soziale Gerechtigkeit und Gute Arbeit in den Mittelpunkt stellen

Die Klimakrise erfordert jetzt ein rasches und konsequentes Handeln. Damit die ökologische Transformation gelingen kann, müssen jedoch große Herausforderungen überwunden werden. Wesentlich dafür ist vor allem ein politischer Kurswechsel, der das Wohl der Menschen in den Mittelpunkt stellt. Auch die saarländische Landesregierung verfügt diesbezüglich über Handlungsspielraum – unter anderem bei der Armutsbekämpfung, der Arbeitsmarktpolitik und nicht zuletzt der Bildung.

Von Carina Webel

Der Juni 2024 war bereits der 13. Monat in Folge mit der höchsten Temperatur seit Beginn der Wetteraufzeichnungen. Die Klimaveränderungen gefährden die Energie- und Ernährungssicherheit, die Ökosysteme, die Infrastruktur, die Wasserressourcen und die Gesundheit der Menschen auch in Europa – wie auch im Saarland erst kürzlich durch das Pfingsthochwasser schmerzlich spürbar wurde. Nur rasches und konsequentes Handeln kann die Klimakrise abmildern.

Dies stellt Wirtschaft und Gesellschaft vor große Herausforderungen. Insbesondere im industriell geprägten Saarland sind die Voraussetzungen für die ökologi-

sche Modernisierung nicht einfach. Viele Industrieunternehmen müssen ihre Produktionsprozesse tiefgreifend umbauen (zum Beispiel die Stahlindustrie), andere (insbesondere in der Automobilindustrie) müssen neue Produkte entwickeln, die mit neuen Anforderungen für Beschäftigte und mit möglicherweise für das Saarland problematischen Standortentscheidungen einhergehen. Denn die Konzernzentralen der hier ansässigen Werke liegen häufig nicht im Saarland. Zwischen 2008 und 2023 wurden im Produzierenden Gewerbe fast 12.000 sozialversicherungs-pflichtige Arbeitsplätze abgebaut (-9,2 %). Gleichzeitig nahm die Be-

Ambivalente Haltung zum Umwelt- und Klimaschutz

schäftigung im Dienstleistungsbereich um 22,3 Prozent zu und in vielen Bereichen wird über Fachkräftemangel geklagt. Diesen Klagen stehen allerdings eine hohe (und wachsende) Zahl von Ausbildungs- und Arbeitsplatzsuchenden sowie im Bundesvergleich hohe Anteile prekär Beschäftigter gegenüber, das heißt es gibt Potenziale, die von den Unternehmen bisher unzureichend genutzt werden.

In der Bevölkerung ist die Haltung zur ökologischen Moderni-

sierung ambivalent. Einerseits besteht ein starkes Bewusstsein für die Unausweichlichkeit von Umwelt- und Klimaschutz für den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen und die Ermöglichung eines guten Lebens auch für die kommenden Generationen. Andererseits ruft der erhebliche Veränderungsdruck, der in Fragen des Arbeitsplatzes, der Mobilität, der Wärme- und Energieversorgung, der Ernährung oder des Wohnens tief in den Alltag der Menschen hineinreicht, Unsicherheiten, Ängste und damit auch Widerstände hervor. Für die saarländischen Beschäftigten hat die Arbeitskammer in ihrer repräsentativen Beschäftigtenbefragung auch Einstellungen zum Klimaschutz abgefragt. Dabei zeigt sich: Die Unterstützung der Bevölkerung auf dem Weg zur Klimaneutralität hängt davon ab, inwieweit die Bedürfnisse der Menschen sowohl im Hinblick auf ihre Arbeitsplätze und finanziellen Möglichkeiten als auch auf ihre Anforderungen an die Gestaltung des Alltags ernst genommen und einbezogen werden.

Die Politik der letzten Jahrzehnte, in der sich vor allem die Interessen der reichen Bevölkerungsgruppen durchgesetzt haben, gefährdet immer mehr den sozialen Zusammenhalt und die Leistungsfähigkeit des Staates, da die besonders reichen Personen kaum noch an der Staatsfinanzierung beteiligt werden. Der Anteil der von Armut betroffenen Menschen hat den bisherigen Höchststand erreicht, Wohn-, Lebensmittel- und Energiekosten belasten große Teile der Bevölkerung. Das Vertrauen in die Demokratie ist auf einem Tiefstand angelangt.

Erforderlich für eine gelingende ökologische Transformation ist daher, dass ein inhaltlicher politischer Kurswechsel erfolgt. Soziale Gerechtigkeit und Gute Arbeit müssen in den Mittelpunkt von politischen Entscheidungen sowie deren Kommunikation gerückt werden. Auch wenn viele

Die Klimakrise zwingt uns zu raschem Handeln.



Foto: Adobe Stock/silvata

Weichen dazu auf Bundesebene gestellt werden müssen, hat die Landesregierung auch eigenen Handlungsspielraum, den sie ausschöpfen muss.

Dazu gehören zunächst eine wirksame Armutsbekämpfung (vgl. Artikel auf S.9) und eine aktive Arbeitsmarktpolitik. Eine effektive und chancenorientierte Arbeitsmarktintegration führt zur gesellschaftlichen Teilhabe und minimiert die Armutsgefahr. Dazu gehört auch, das Thema Qualifizierung viel stärker in den Blick zu nehmen, um von Arbeitsplatzverlust bedrohten Beschäftigten frühzeitig neue Perspektiven aufzeigen zu können. Ein stabiler Sozialstaat muss aber auch diejenigen wirksam auffangen, die aus unterschiedlichen Gründen keiner Erwerbstätigkeit nachgehen (können). Das Schüren von Neiddebatten unter den Schwächsten ist dabei vollkommen unangebracht und demokratiegefährdend.

Der Alltag muss gestaltbar bleiben

Insgesamt muss der Alltag der Menschen gestaltbar bleiben. Im Bereich des Wohnens muss der soziale Wohnungsbau wiederbelebt und auch mehr bezahlbares Wohnen für Menschen mit mittleren Einkommen ermöglicht werden. Mit Blick auf die Herausforderungen der steigenden Energiepreise, der Energiewende und der damit verbundenen Anforderungen an die Gebäudeheizung sind geeignete Instrumente einzuführen, die die Menschen finanziell in die Lage versetzen, einen Heizungstausch vorzunehmen, um auf diese Weise Ängste zu nehmen und gleichzeitig die Energiewende voranzubringen. Zur Verhinderung von Energiesperren muss die Landesregierung das Konzept der Energiesicherungsstelle weiterentwickeln und die Arbeit der Meldestelle bei der Verbraucherzentrale Saarland dauerhaft finanziell absichern.

Der Verkehrssektor gehört zu denjenigen Bereichen des alltäglichen Lebens, in denen eine gleichberechtigte Teilhabe für alle häufig nicht sichergestellt ist. Nachhaltige Mobilitätsgestaltung muss verstärkt in den Fokus. Die



Landesregierung muss den öffentlichen Nahverkehr stärken und raumordnerische Rahmenbedingungen schaffen, die verkehrsberuhigend wirken und insbesondere die vermeintlich schwächeren Verkehrsteilnehmenden, die auf Fuß- und Radverkehr angewiesen sind, stärken. Transparenz und Beteiligung sind auch bei der Mobilität ein wichtiger Teil des gemeinschaftlichen Wandels. Durch Beteiligung an Entscheidungsprozessen wird Akzeptanz für die Mobilitätswende geschaffen. Zudem trägt sie dazu bei, dass sich neue Mobilitätsangebote an den Bedürfnissen der Nutzerinnen und Nutzer orientieren.

Die tiefgreifenden Veränderungen unter dem Eindruck zusätzlicher akuter Krisen (Pandemie,

Krieg) lassen sich nicht allein durch Marktmechanismen erreichen. Vielmehr bedarf es einer aktiven Rolle eines leistungsfähigen Staates, der wichtige Rahmensetzungen vorgibt, Anreize setzt und Möglichkeiten schafft, die Transformation nachhaltig im Sinne der Menschen zu gestalten. Staatliche Investitionen sind gerade bei der Bereitstellung von Infrastrukturen in den Bereichen Energie, Verkehr, Wohnen, aber zwingend auch in Bildung, Gesundheit und Soziales dringend erforderlich.

Die Landesregierung muss alle Handlungsspielräume ausnutzen, um sowohl Infrastrukturinvestitionen als auch Maßnahmen im Bereich Bildung, Arbeitsmarkt, Gesundheit und Sozialpolitik zu finanzieren (vgl. Artikel auf S.8).

Zur Bewältigung der ökologischen Transformation braucht es einen aktiven Staat, der Möglichkeiten schafft, sie nachhaltig im Sinne der Menschen zu gestalten.

AK-STANDPUNKTE ZUM TITELTHEMA

Leitlinien für eine nachhaltige Transformationsstrategie

- Der Staat muss aktiv die Transformation gestalten. Voraussetzung dafür ist eine Reform der Schuldenbremse, die notwendige Infrastruktur- und Zukunftsinvestitionen ermöglicht.
- Gerade in Phasen großer Veränderungen und damit verbundenen Unsicherheiten müssen die Menschen wissen, dass sie auch im Fall von Krankheit oder Arbeitslosigkeit gut abgesichert sind. Kinder dürfen nicht in Armut aufwachsen. Im Alter brauchen Menschen eine Rente, die zum Leben reicht und den Lebensstandard weitgehend erhält. Dafür muss der Sozialstaat gestärkt werden. Rufe nach Kürzungen verschärfen die Ängste und gefährden den sozialen Zusammenhalt.
- Um Veränderungen mittragen zu können, müssen Menschen die Möglichkeit haben, ihre Perspektiven, Sorgen und Ideen in politische Entscheidungsprozesse einbringen zu können. Vor dem Hintergrund des aktuell geringen Vertrauens in die Demokratie sind ergänzende, neue Beteiligungsformate erforderlich. Zudem muss die Politik die Mitbestimmung und Gute Arbeit in Betrieben fördern, denn Mitbestimmung am Arbeitsplatz und eine demokratischere Gestaltung der Wirtschaft tragen zur Stärkung der Demokratie insgesamt bei.

Die Schuldenbremse muss dringend reformiert werden

INVESTITIONSSTAU Goldene Regel erlaubt Kreditaufnahme für Investitionen

Zum Thema
Schuldenbremse gibt es auch eine AK-Analyse mit dem Titel: „Transformationsrisiko Schuldenbremse – Plädoyer für eine problem-lösende Finanzpolitik. Interessierte können sie hier lesen und herunterladen: www.arbeitskammer.de/ak-analyse-schuldenbremse

Der Investitionsstau des Staates ist enorm und behindert eine wirksame Gestaltung der Transformation. Die benötigten Summen für Investitionen der öffentlichen Hand in strategische Sektoren können nicht durch Einsparungen und Umschichtungen, sondern nur durch die Reform der Schuldenbremse hin zur Goldenen Regel und eine wirksame Reform des Steuerwesens bereitgestellt werden.

Von Patricia Bauer

Die Entwicklung der deutschen Wirtschaft ist im vierten Jahr stagnierend. Dennoch hat die Bundesregierung vor dem Hintergrund des Bundesverfassungsgerichtsurteils zur Schuldenbremse ein Sparpaket für den Haushalt 2024 geschnürt, das ökonomisch kontraproduktiv ist. Da auch keine Notsituation für 2024 erklärt wurde, hat sich die Bundesregierung damit wesentlicher Mittel zur Gestaltung der Transformation beraubt. Angesichts der schlechten wirtschaftlichen Prognosen und der strukturellen Probleme der deutschen Wirtschaft kann dies nur als wirtschaftspolitisch unbesonnen eingeordnet werden. Denn das Un-

terlassen von staatlichen Investitionen in öffentlichen Verkehr, Infrastruktur und Daseinsvorsorge, Bildung und Forschung sowie die restriktive Handhabung von Subventionen und die praktizierte Steuerpolitik drohen die langfristige Entwicklung und den Pfadwechsel hin zu einer transformierten Wirtschaft zu gefährden.

Die Investitionsrückstände in diesen strategischen Sektoren sind immens. Die Arbeitskammer hat diese für Deutschland und das Saarland auf Grundlage mehrerer Studien berechnet (siehe Tabelle). Für das Saarland ergibt sich

Steuer-Reform generiert zusätzliche Einkünfte

daraus – unter Einrechnung aller Ausgaben des Transformationsfonds – eine Investitionslücke von 5,6 Milliarden Euro. Würde man diese Ausgaben, die 200 Millionen Euro höher als der saarländische Landeshaushalt 2023 sind, über zehn Jahre verteilen, müssten die Investitionen des Landes und der Kommunen ohne Bundeszuschüsse jährlich um rund 560 Millionen Euro aufgestockt werden. Diese Summen sind nur unter einer reformierten Schuldenbremse mit der „Goldenen

Regel“, die Kreditaufnahme für Investitionen erlaubt, mobilisierbar.

Neben der Aufnahme von Krediten könnten zusätzliche Mittel durch grundlegende Reformen in der Steuerpolitik generiert werden. Während sich der Anteil der Lohnsteuer am Gesamtsteueraufkommen zwischen 1950 und 2023 verdreifacht hat und heute gut 26 Prozent ausmacht, hat sich der Anteil der Vermögensteuer im gleichen Zeitraum von gut zehn Prozent auf weniger als ein Prozent reduziert. Hinzu kommt eine extreme und wachsende Ungleichverteilung der Vermögen. Die OECD schätzt, dass das vermögendste Prozent (etwa 700.000 Erwachsene) in Deutschland 18,58 Prozent des Nettovermögens besitzen. Die Bundesbank schätzt den Anteil sogar auf 27,8 Prozent und das Sozio-oekonomische Panel (SOEP des DIW) ermittelte sogar einen Wert von 35,3 Prozent des gesamten Nettovermögens.

Diese Ungleichheit verschärft sich, weil die Besteuerung von Vermögenseinkünften (Unternehmensgewinne und Dividenden) und Erbschaften wesentlich mehr Schlupflöcher und Steuervermeidungsmöglichkeiten bietet als die von Arbeitseinkommen. Eine Wiedereinführung der Vermögensteuer und eine konsistenzorientierte Reform der Erbschaftsteuer könnten wichtige zusätzliche Einnahmen für Bund und Länder generieren. Diese Schritte können nicht nur mehr Steuergerechtigkeit zwischen Reich und Arm herstellen; durch die Heranziehung von Vermögen zur Finanzierung von Transformationserfordernissen würde die Aufnahme von Krediten für transformative Investitionen niedriger ausfallen. Schließlich würden große Vermögen dann endlich den ihnen angemessenen gesellschaftlichen Beitrag zu unserem Gemeinwesen leisten.

Dr. Patricia Bauer ist Referentin für Wirtschafts- und Finanzpolitik.

Investitionsbedarfe Deutschland und Saarland 2024 bis 2033			
	Investitionsstau	Klima-investitionen	Zusammen
In Mio. Euro			
Bundesweite Investitionsrückstände	595.700,00	305.000,00	900.700,00
Anteil des Saarlandes (nach Bevölkerung)	7177,11	3674,70	10.851,81
Anteil Saarland ohne Bundeszahlungen	4.736,89	2.425,30	7.162,19
Investitionslücke Saarland 2014-2023	1.475,12	n.a.	1.475,12
Erforderliche Landes- und Kommunalmittel Saarland	6.212,01	2.425,30	8.637,31
Über 10 Jahre jährliche Zusatzinvestitionen Saarland	621,20	242,53	863,73
mit Einrechnung aller geplanten Ausgaben des Transformationsfonds			5637,31
dann noch jährlich über 10 Jahre			563,73
Quellen: Dullien et al. 2024, Krebs/Steitz 2021, Bauer 2021, eigene Berechnungen			

Die Investitionsrückstände in Deutschland und im Saarland sind immens.

Maßnahmen gegen Armut müssen endlich forciert werden

VERTEILUNGSGERECHTIGKEIT Wachsende Armut gefährdet die Demokratie

Verteilungsgerechtigkeit: Die Schere zwischen Arm und Reich wird immer größer. Warum das die Demokratie gefährdet und was zur Armutsbekämpfung getan werden muss, das ist einer der Schwerpunkte, die die Arbeitskammer in ihrem aktuellen Bericht an die Landesregierung untersucht hat.

Von Dagmar Ertl

Die Einkommensarmut hat deutlich zugenommen: So lebten 2023 im Saarland 19,7 Prozent der Bevölkerung in Armut. Betroffen waren knapp 196.000 Menschen. Seit 2010 ist die Armutsquote spürbar angestiegen. Damals hat sie noch bei 14,3 Prozent gelegen. Besonders alarmierend ist der Anstieg der Kinderarmut. Mehr als jedes vierte Kind im Saarland ist von Armut betroffen, ein trauriger Rekordwert. Die Inflation hat die Lebensbedingungen armer Menschen weiter verschärft, weil sie einen Großteil ihres Einkommens für Grundbedürfnisse wie Energie und Lebensmittel sowie für steigende Mieten aufwenden müssen.

Während auch bundesweit die Armut zugenommen hat, ist gleichzeitig der Anteil der Superreichen in Deutschland besonders hoch. So besitzen die vier reichsten Familien so viel Vermögen wie die ärmere Hälfte der Bevölkerung insgesamt. Der größte Teil dieses Vermögens stammt nicht aus eigener Arbeit, sondern wurde vererbt oder verschenkt. Es ist höchste Zeit, dass die Politik den Widerspruch zwischen Defiziten bei der Daseinsvorsorge und der enormen Vermögenskonzentration angeht. Denn die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich hat auch Folgen für das politische System und die Demokratie: Viele ärmere Menschen haben wenig Vertrauen in Politik, Polizei und Rechtsstaat. Auch eine Befragung der Arbeitskam-



Die Schere zwischen Arm und Reich wird immer größer. Das gefährdet unsere Demokratie.

mer zeigt, dass sich viele Beschäftigte große Sorgen um den sozialen Zusammenhalt und die wachsende Schere zwischen Arm und Reich machen. Diese Befunde verdeutlichen den dringenden Handlungsbedarf dahingehend, den Strukturwandel sozial gerecht zu gestalten und die Gesellschaft zusammenzuhalten.

Mindestlohn armutsfest anheben

Zentrale Weichen einer wirksamen Armutsbekämpfung werden auf Bundesebene gestellt. Um die finanzielle Lage von Haushalten mit niedrigem Einkommen zu stärken und die Gesellschaft widerstandsfähiger gegenüber Krisen zu gestalten, fordert die Arbeitskammer folgende Maßnahmen: eine armutsfeste Anhebung des Mindestlohns, die zügige Einführung einer wirksamen Kindergrundsicherung, eine Reform der gesetzlichen Rentenversicherung mit Mindestrente, ein höheres Rentenniveau und den Umbau zu einer Bürgerversicherung, eine Pflegevollversicherung und eine konsequente Mietpreisdämpfungspolitik.

Die Landesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, die Armut im

Land bis 2027 erheblich zu verringern. Aktuell befindet sich der Dritte Aktionsplan zur Armutsbekämpfung im Saarland in der Endabstimmung. Er beinhaltet eine übergreifende Strategie mit Maßnahmen auf den Feldern Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, Wohnungs-, Bildungs-, Wirtschafts- und Gesundheitspolitik. Auch die Arbeitskammer hat hierbei Forderungen entwickelt und ihre Expertise eingebracht. Neu ist auch die quartiersbezogene Armutsbekämpfung, ein neuer ressortübergreifender Ansatz mit dem Ziel, innerhalb von zehn Jahren in den drei städtischen Quartieren Saarbrücken-Burbach, nördliche Innenstadt Völklingen und Innenstadt Neunkirchen eine positive Entwicklung zu fördern und verfestigte Armut zu reduzieren. Die Arbeitskammer begrüßt diesen Weg. Entscheidend für den Erfolg wird aber sein, ob für diese Strategie ausreichend Finanzmittel zur Verfügung stehen und die kommunale Seite miteingebunden werden kann. Es ist Zeit, die Umsetzung der Maßnahmen gegen Armut jetzt zu forcieren und dafür auch Geld in die Hand zu nehmen.

Dagmar Ertl ist Referentin für Arbeitsmarkt- und Armuts politik.

„Wir wollen diese Transformation“

UMBAU Wie der Betriebsrat der SHS für den Erhalt der Stahlindustrie kämpft

Die SHS ist der viertgrößte Stahlhersteller in Deutschland und der größte Arbeitgeber im Saarland. Der Konzern hat 13.000 Beschäftigte, macht einen Umsatz von fünf Milliarden Euro im Jahr und produziert fünf Millionen Tonnen Stahl pro Jahr.

Die Animation zeigt, wie das Gelände von Saarstahl in Völklingen, wie es voraussichtlich 2027 aussehen soll. Die grünen Gebäude links sind dann der Bereich zur Erzeugung von grünem Stahl.

Mitbestimmung ist ein zentraler Aspekt, um zum Gelingen der Transformation beizutragen. Mitbestimmte Unternehmen wirtschaften nachhaltiger und die Transformation kann nur umgesetzt werden, wenn die Beschäftigten mitgenommen werden. Stephan Ahr, der Vorsitzende des Gesamtbetriebsrats der Saarstahl AG sowie des Konzernbetriebsrats der SHS – Stahl-Holding-Saar, berichtet, wie die Belegschaft von der Notwendigkeit der Transformation der saarländischen Stahlproduktion hin zu CO₂-neutralen Produktionsprozessen überzeugt wurde und warum sie heute noch überzeugt werden muss.

Von Simone Hien

Es ist ein Resümée von Superlativen, das Betriebsrat Stephan Ahr zieht: Schon beim ersten Stahlaktionstag 2016 habe der 27-köpfige Betriebsrat von Saarstahl gemeinsam mit der IG Metall erfolgreich mobil gemacht und „rund 8.000 bis 9.000 Menschen auf die Straße gebracht. Wir konnten die gesamte Bevölkerung, auch den Friseur, die Bäckerin und den Elektriker mitnehmen, weil jeder verstanden hat, wenn die Stahlindustrie aus dem Saarland verschwindet, dann ist das ein schwerer Schlag. Wenn nicht sogar der Schlag, der das Saarland zum Kippen bringt“, sagt Ahr. Und: „Die Kampagne Stahl ist Zukunft und das Herz aus Stahl haben wir hier beim Betriebsrat von Saarstahl entwickelt und dann unerbittlich an diesem Rad gedreht.“ So fand ebenfalls 2016 die Nacht der 1.000 Feuer statt, 2020 ging der Betriebsrat beim „Walk of Steel“ in elf Etappen 350 Kilometer von Völklingen nach Brüssel, um an dem Ort auf die Gefahr für die Stahlindustrie aufmerksam zu machen, an dem die Entscheidungen gefällt werden. 2021 folgte der nächste Stahlaktionstag, „bei dem über 10.000 Menschen nur in Völklingen

auf die Straße gingen“ und beim Stahlaktionstag 2023 waren es 5.000 Menschen in Dillingen und rund 10.000 in Völklingen, die sich für das Überleben der saarländischen Stahlindustrie einsetzten.

Flyer zu verteilen, die Kolleginnen und Kollegen im persönlichen Gespräch und auf Betriebsversammlungen zu informieren sei wichtig. Aber fast noch wichtiger sei es, die Belegschaft auf die Straße zu bringen und Druck auf die Politik zu machen, weil sich sonst nichts bewege. Außerdem müsse die Bevölkerung sensibilisiert und mitgenommen werden.

„Ich bin Überzeugungstäter“

„Wir haben immer wieder die Verbindung geschaffen zwischen Belegschaft, Unternehmen und Zukunft“ betont Ahr. Er sei „überzeugt, dass die Lösung, die wir jetzt haben, diese riesen Investitionen, auch durch diese Aktionen entstanden ist. Das hat nicht nur die Geschäftsführung beschlossen.“ Er sei nach wie vor der Meinung, dass die Belegschaft mit ihrer wehrhaften Mitbestimmung und der Unterstützung der IG Metall viel dazu beigetragen habe.

Die Lösung, das heißt, die SHS – Stahl-Holding-Saar mit ihren

Töchtern Saarstahl und Dillinger starten den Umbau hin zur grünen Stahlproduktion. Bis 2030 sollen 55 Prozent CO₂ eingespart werden, bis 2045 will der Konzern klimaneutral sein und so 4,9 Millionen Tonnen Stahl jährlich herstellen. 2028 soll die Produktion von CO₂-reduziertem Stahl in Dillingen und Völklingen beginnen, in der ersten Phase sind bis zu 3,5 Millionen Tonnen Rohstahl pro Jahr geplant. Im ersten Schritt soll neben der bestehenden Hochofen-Route an den Standorten Völklingen und Dillingen jeweils ein Elektro-Lichtbogenofen sowie zusätzlich eine Direkt-Reduktionsanlage zur Herstellung von Eisenschwamm auf dem Werksgelände von Dillinger entstehen. Das Investitionsvolumen beträgt über 3,5 Milliarden Euro. Im vergangenen Dezember kam der Förderbescheid in Höhe von 2,6 Milliarden (rund 780 Millionen Euro aus Landesmitteln, rund 1,6 Milliarden vom Bund).

Nach langem Warten auf das grüne Licht von der EU und den entsprechenden Förderbescheid war es ein Moment großer Freude – inzwischen jedoch geht bei der Belegschaft die Angst um, ob dieses ambitionierte Vorzeigeprojekt auch wirklich gelingt. Denn damit es gelingen kann, muss zwingend grüner Wasserstoff zu wettbewerbsfähigen Preisen zur Verfügung stehen, erklärt Ahr. Wie aber eine regionale Wasserstoffversorgung aussehen sollte, stehe noch in den Sternen. „Da entstehen Zweifel, ob das alles überhaupt funktioniert. Es geht um Arbeitsplätze, da kann man auch nichts schönreden, man muss die Leute mitnehmen“, sagt Ahr. Aber letztlich sei er „Überzeugungstäter“ und so werde er wie bisher gemeinsam mit dem Betriebsrats-Team Mut machen, Vertrauen stärken und weiterkämpfen. Ahr: „Wir haben alle ein gemeinsames Ziel: Wir wollen diese Transformation. Ich bin überzeugt: Wenn wir diesen Weg trotz aller Schwierigkeiten nicht mitgehen, haben wir aus meiner Sicht keine Chance zu überleben. Wenn es etwas gibt, was wir können, dann ist es, mit Krisen umzugehen.“

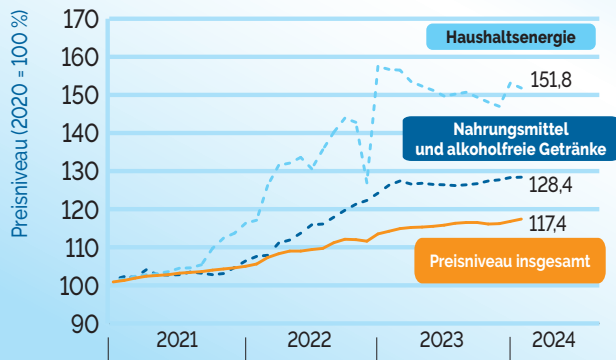


Foto: Saarstahl AG

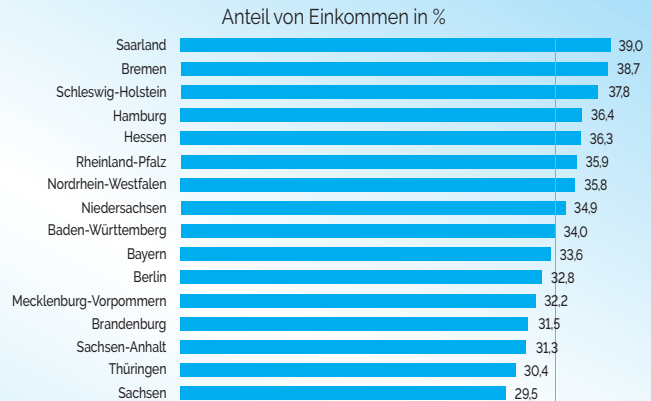
Soziale Ungleichheit gefährdet die Demokratie und die Transformation

Hohe Lebenshaltungskosten belasten die Beschäftigten

Gestiegenes Preisniveau bleibt dauerhaft, auch wenn die Inflation abnimmt ¹



Wohnkostenbelastung* von Mieterhaushalten 2022 ²

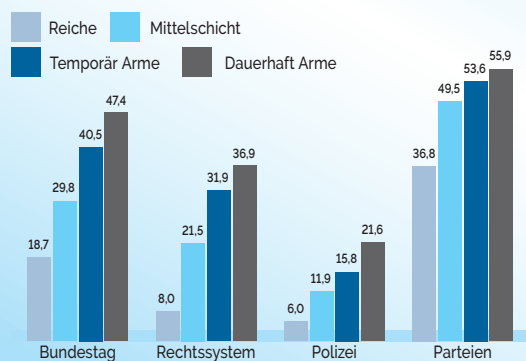


*Belastung durch Bruttowarmmiete und wohnbezogene Kosten (z.B. Strom, Gas, Wasser)

Armut verstärkt Demokratieverdrossenheit, Mitbestimmung stärkt die Demokratie

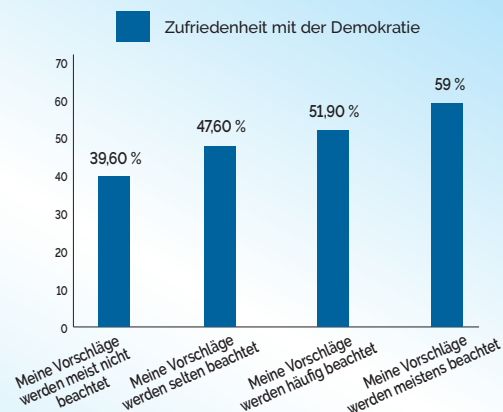
Aus Armut entsteht Misstrauen ³

Geringes Vertrauen hatten 2021 in ... (Angaben in %)



Dauerhafte Armut: seit 2017 durchgängig weniger als 60 % des Medianeinkommens, temporäre Armut 2021 unter 60 %, mittleres Einkommen: 60 bis 200 %, Reichtum: über 200 %

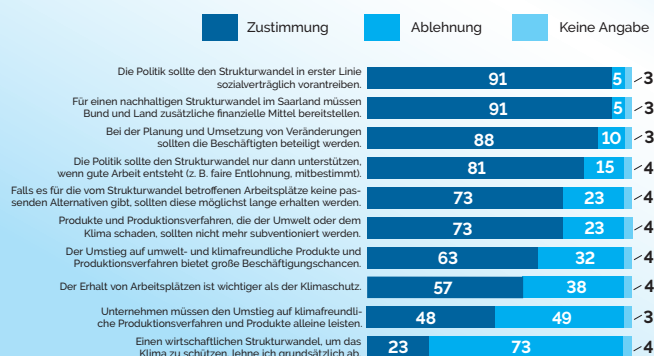
Je mehr Vorschläge bei der Arbeit beachtet werden, um so zufriedener sind Beschäftigte mit der Demokratie ⁴



Mit Klimaschutz und Transformation werden Verteilungskonflikte verbunden

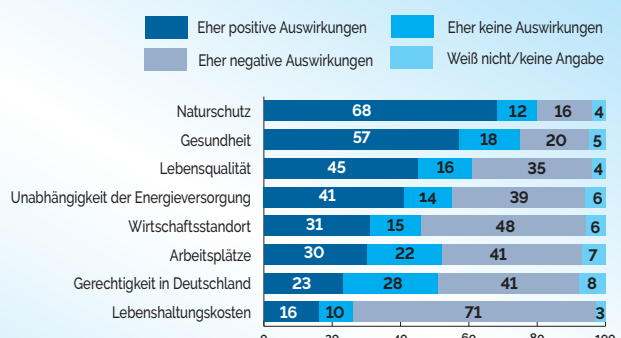
Wie bewerten Sie die folgenden Aussagen zum Strukturwandel? ⁵

Angaben in %



Glauben Sie, dass mehr Klimaschutz in den folgenden Bereichen eher positive, eher negative oder eher keine Auswirkungen haben wird? ⁶

Angaben in %



Quellen: ¹ Statistisches Amt Saarland; ² Statistisches Bundesamt, Mikrozensus 2022; ³ Hans Böckler Stiftung; Brülle, Spannagel 2023;

⁴ Arbeitskammer Beschäftigtenbefragung; ⁵ Arbeitskammer Beschäftigtenbefragung; ⁶ Friedrich-Ebert-Stiftung